



Länderanalyse zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in der EU

Wirtschaftliche Erholung und Verringerung der Arbeitslosigkeit in den meisten Mitgliedstaaten, Kommission kritisiert anhaltend hohen Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands

Am 22.02.2017 hat die Europäische Kommission ihre jährliche Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Lage in den Mitgliedstaaten vorgelegt. Diese Länderanalyse ist Teil des so genannten Europäischen Semesters, des jährlichen Zyklus der wirtschaftspolitischen Koordinierung in der EU, und bewertet die Fortschritte bei den Strukturreformen und bei der Korrektur der makroökonomischen Ungleichgewichte. Der Länderbericht folgt auf die am 13.02.2017 von der Kommission veröffentlichte Winterprognose zur wirtschaftlichen Entwicklung in der EU und im Euroraum (vgl. Wochenbericht vom 20.02.2017).

Der Analyse der Kommission zufolge verläuft die wirtschaftliche Erholung in Europa stabil. Diese positive Entwicklung sei das Ergebnis einer wachstumsfreundlichen Geldpolitik und fiskalpolitischer Anpassungen sowie von Strukturreformen. Das Produktivitätswachstum habe sich verbessert, weise aber von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat beträchtliche Unterschiede auf. Die Beschäftigung nehme in nahezu allen Mitgliedstaaten zu und die Arbeitslosigkeit, auch die Jugendarbeitslosigkeit, ginge zurück.

Die Kommission weist darauf hin, dass die Geldpolitik alleine nicht für mehr Nachfrage und Investitionen sorgen könne. Die Mitgliedstaaten müssten ihre Politik darauf ausrichten, das mittelfristige Wachstumspotenzial zu verbessern und durch Strukturreformen investitions- und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Erneut fordert die Kommission, die Investitionen in Bildung und berufliche Qualifizierung zu steigern und die Modernisierung des Steuerwesens und der Systeme der sozialen Sicherung voranzubringen.

Länderanalyse Deutschland:

Im Rahmen der Bewertung der einzelnen Mitgliedstaaten übt die Kommission, wie in den Vorjahren, Kritik an dem anhaltend hohen Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands. Dieser wirke sich auf den übrigen Teil des

Euro-Währungsgebietes aus und spiegele einen Sparüberhang und eine zurückhaltende Investitionstätigkeit sowohl im öffentlichen Sektor als auch in der Privatwirtschaft wider. In der Länderanalyse wird eingeräumt, dass die öffentlichen Investitionen in den letzten Jahren in Deutschland gestiegen sind, jedoch seien sie als Anteil am Bruttoinlandsprodukt mit Blick auf den Investitionsstau, insbesondere bei den Kommunen, nach wie vor zu niedrig.

Die private Investitionsschwäche scheint, so die Kommission, in bestimmten Sektoren besonders ausgeprägt zu sein, was auf spezielle Investitionshindernisse hindeute. Während große technologieintensive Unternehmen in großem Maßstab in Ausrüstung und Wissen investierten, hinkten der Dienstleistungssektor und die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), verglichen mit anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften, hinterher. Auch ließen die Daten darauf schließen, dass der Anteil der KMU, die in Forschung und Entwicklung investierten, in den letzten Jahren allmählich zurückgegangen sei. Lt. Analyse und Bewertung der Kommission beeinträchtige ein hohes Maß an restriktiver Regulierung im Dienstleistungssektor, insbesondere bei den unternehmensorientierten Dienstleistungen, die Dynamik und die Investitionen der Unternehmen in diesem Bereich.

Insgesamt habe, so die Kommission, die deutsche Politik bislang nur begrenzt mit Maßnahmen zur Behebung der Ungleichgewichte reagiert. Auch wenn die Entlastung der Kommunen von bestimmten Sozialausgaben und die vereinbarte Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen die Finanzlage der Bundesländer und Kommunen verbessern werde, bliebe doch noch abzuwarten, inwieweit dieser zusätzliche haushaltspolitische Spielraum tatsächlich für zusätzliche öffentliche Investitionen genutzt werde. Durch eine Verkehrsinfrastrukturgesellschaft des Bundes dürften sich nach Auffassung der Kommission allerdings die öffentlichen Investitionen beschleunigen.

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



Die Bemühungen um eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Investitionen in Deutschland hielten sich, der Kommissionsanalyse zufolge, bislang in Grenzen. Gleiches gelte für die Anstrengungen zur Verringerung der hohen Steuer- und Abgabenbelastung für Geringverdienende sowie zur Behebung der steuerlichen Fehlanreize für Zweitverdienende (Ehegattensplitting) hinsichtlich einer Beteiligung am Erwerbsleben.

Länderberichte:

https://ec.europa.eu/info/publications/2017-european-semester-country-reports_en

Das weitere Vorgehen:

Im Rahmen des Europäischen Semesters wird die Kommission die Länderberichte und Analysen mit den Mitgliedstaaten in bilateralen Treffen erörtern. Kommissionsvizepräsidenten und Kommissare werden die Mitgliedstaaten aufsuchen, um mit Regierungsvertretern, nationalen Parlamenten, Sozialpartnern und anderen Interessenträgern zusammenzutreffen. Die Kommission erwartet, dass die Mitgliedstaaten die ermittelten Probleme in ihren nationalen Reformprogrammen und ihren Stabilitäts- bzw. Konvergenzprogrammen angehen, die bis Mitte April der Kommission vorzulegen und zu veröffentlichen sind.

Die Kommission erwartet außerdem, dass die Regierungen der Mitgliedstaaten die nationalen Parlamente und Sozialpartner eng in den Reformprozess einbinden. Der Erfolg der Umsetzung, so die Kommission, hänge häufig von den regionalen und lokalen Ebenen ab. Daher habe sie die Mitgliedstaaten aufgefordert, in ihren nationalen Reformprogrammen darzulegen, wie die regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften in die Vorbereitung des Programms sowie in die Ausarbeitung bzw. Umsetzung von Reformen einbezogen wurden.

Weiterführende Informationen:

Presseerklärung:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-308_de.htm

Mitteilung der Europäischen Kommission:

https://ec.europa.eu/info/publications/2017-european-semester-communication-country-reports_en